DEUTSCHER FISCHEREI-VERBAND e. V.

Union der Berufs- und Sportfischer

Venusberg 36 – 20459 Hamburg – Telefon: +49 (0) 40 – 31 48 84 – Fax: +49 (0) 40 – 319 44 49

Deutscher-Fischerei-Verband@t-online.de

Datum: 02.08.2011/us

P R E S S E M I T T E I L U N G

Rechtswidrige Greenpeace-Aktion am Sylter Außenriff gefährdet erneut Menschenleben

Wie bereits 2008 setzt sich Greenpeace in unverantwortlicher Weise über die Gesetze hinweg und versenkt Steine im Meer. Wenn das Netz eines Fischkutters an einem der Steine hängen bleibt, kann das Schiff kentern und untergehen. Die sogenannten „Haker“ an Unterwasserhindernissen sind die Hauptursache für den Verlust von Fischereifahrzeugen auf See. Die Fischer wurden nicht über die eingebrachten Felsbrocken informiert. Fischereivertreter bezeichneten das Verhalten von Greenpeace als menschenverachtend.

Das von Greenpeace vorgenommene Einbringen von Felsbrocken stellt einen Verstoß gegen das Hohe-See-Einbringungsgesetz dar. Außerdem sehen Fischereivertreter einen Verstoß gegen internationale KVR (Kollisions-Verhütungs-Regeln) und eine Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Seeverkehrs. Die Aktion ist eindeutig rechtswidrig. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und die Bundespolizei sind aufgefordert worden, die illegalen Aktivitäten unverzüglich zu unterbinden. Nach eigenem Bekunden hat Greenpeace bereits Steine versenkt und muss dafür angemessen bestraft werden.

Bereits 2008 hatte Greenpeace hunderte von Feldblöcken in dem Gebiet versenkt. Aufgrund von Unsicherheiten über die Zuständigkeiten konnten sich die verschiedenen Behörden nicht einigen, wer die wochenlangen Aktivitäten beenden solle. Erst ein Machtwort aus dem Kanzleramt hatte die Rechtsstaatlichkeit wieder herstellen können.

Zur Zeit laufen fachliche Erörterungen und Abstimmungen zwischen Umweltministerium, Ernährungsministerium und Verbänden über ein Fischereimanagement in dem Gebiet auf der Basis der europäischen Gesetzgebung „Natura 2000“. In diesem geordneten Verfahren können Naturschützer und Fischereivertreter ihre Vorstellungen zum Meeresschutz einbringen. Das Gebiet heißt zwar „Riff“, ist aber mit tropischen Korallenriffen nicht vergleichbar. Es handelt sich um Sandboden, auf dem stellenweise kleine Steinfelder vorhanden sind. Darauf befindet sich derselbe Bewuchs, der auf jedem Festkörper in der Nordsee vorkommt, also auf Schiffswracks, Hafenmolen oder Seezeichen. Eine abschließende Entscheidung fällt der EU-Ministerrat, damit die Regelung für alle europäischen Fischer bindend wird. Die Fischereivertreter beteiligen sich an diesem geordneten Verfahren, auch Greenpeace ist eingeladen.

„Mit diesem Akt der Selbstjustiz stellt sich Greenpeace mal wieder über das Gesetz und außerhalb der demokratischen Spielregeln.“, so Präsident Holger Ortel.

Kontakt: Dr. Peter Breckling, Tel. 0173 – 975 64 19